

Monika Kil/Martin Kronauer

„Inklusion“ und „Exklusion“ – wichtige Orientierungen für die Ausgestaltung von Weiterbildung



PD Dr. Monika Kil

Abteilungsleitung
Forschungs- und Ent-
wicklungszentrum (FEZ)
am Deutschen Institut
für Erwachsenenbildung
Leibniz-Zentrum für
Lebenslanges Lernen,
Heinemannstr. 12–14,
53175 Bonn,
kil@die-bonn.de

Die Diskussion um die Exklusionsrisiken einzelner sozialer Gruppen hat erheblich an Aktualität gewonnen, auch in der Bundesrepublik Deutschland zeichnet sich ab, dass sich Exklusion nicht nur auf „Problemgruppen“ oder das „Prekariat“ beschränkt. Jenseits der Chancen, welche die Weiterbildung bereits in der Vergangenheit für einzelne Zielgruppen eröffnete – aber auch Rückschläge in der Erreichbarkeit und Förderung dieser – ist nun das System als Ganzes herausgefordert, seine Potenziale für soziale Inklusion und damit seinen gesellschaftlichen Standort kritisch zu überdenken. Weiterbildung kann so möglicherweise an Bildungsprozesse oder zum Ausschluss daraus führen. Am Beispiel eines Forschungsprojekts und der Problematik von Zugangswegen von Migranten/-innen in die Weiterbildung werden Herangehensweisen unter Inklusionsgesichtspunkten verdeutlicht.

Klärung der Begrifflichkeit und ihrer Relevanz für die Weiterbildung



Prof. Dr. Martin Kronauer

Professur für
Gesellschaftswissen-
schaft mit dem Schwer-
punkt Strukturwandel
und Wohlfahrtsstaat in
internationaler Perspekti-
ve, Hochschule für
Wirtschaft und Recht
Berlin,
Badensche Straße 52,
10825 Berlin;
Senior Researcher am
Deutschen Institut für
Erwachsenenbildung
Leibniz-Zentrum für
Lebenslanges Lernen
kronauer@hwr-berlin.de

Mit den Begriffen „Ausgrenzung“ oder „Exklusion“ wird eine wichtige historische Zäsur markiert, die erhebliche Folgen für Bildung im Allgemeinen und Weiterbildung im Besonderen hat. Auf dem Spiel stehen für eine wachsende Zahl von Menschen grundlegende Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben, mit einem Wort: gesellschaftliche „Inklusion“. Aber nicht nur der sogenannte gesellschaftliche „Rand“ ist betroffen. Soziale Unsicherheiten und Verunsicherungen streuen mittlerweile weit in die gesellschaftliche „Mitte“ hinein. Dies fordert alle im Bildungsbe-
reich Engagierten auf besondere Weise heraus.

Der Begriff Exklusion ging am Ende der 1980er-Jahre unter französischer Präsidentschaft in den offiziellen Sprachgebrauch der Europäischen Union ein. Denn in Frankreich hatte bereits damals, im Unterschied zu Deutschland, eine breite Debatte über soziale Ausgrenzung eingesetzt. Der Begriff Exklusion wurde eingeführt, um eine sich seit den 1980er-Jahren überall in Europa abzeichnende Krise des Sozialen, eine „neue soziale Frage“, zu bezeichnen. Diese Krise macht sich gleichzeitig in verschiedenen Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenlebens bemerkbar.

Die Krise des Sozialen

Zunächst einmal am Arbeitsmarkt und in der Erwerbsarbeit. Nachdem die Arbeitslosigkeit jahrzehntelang zurückgegangen war, stieg sie seit den 1980er Jahren wieder an und verfestigte sich. Langzeitarbeitslosigkeit wurde bis heute zum brennenden Prob-

lem. Gleichzeitig verfolgen Unternehmen Strategien der internen und externen Flexibilisierung, die von zunehmenden Entsicherungen in den Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen begleitet sind. Unbefristete Vollzeitbeschäftigung geht zurück, und selbst dort, wie sie erhalten bleibt, garantiert sie nicht mehr unbedingt einen wirksamen Schutz vor Armut. Die Veränderungen am Arbeitsmarkt machen sich auch beim Einkommen bemerkbar. Das gilt insbesondere für Deutschland. Es gehört zu den Mitgliedsländern der OECD, die zwischen Mitte der 1990er und 2000er Jahre die höchsten Zuwächse in der Einkommensungleichheit aufzuweisen haben (OECD 2008, S. 26 f.).

Die zweite Dimension, in der sich eine Krise des gesellschaftlichen Zusammenlebens manifestiert, ist der Bereich der sozialen Nahbeziehungen, einschließlich der Familien. Der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, die Wohlstandssteigerungen und die erweiterten Bildungszugänge der 1960er- und 1970er-Jahre hatten alle dazu beigetragen, die Entscheidungsspielräume der Einzelnen zu vergrößern. Die Formen des Zusammenlebens und die Lebensläufe werden seither weniger von Konventionen bestimmt und können nun stärker individuell gestaltet werden. Sie müssen dies aber auch, bei Gefahr des biographischen Scheiterns. Seit den 1980er-Jahren macht sich nun eine problematische Kehrseite bemerkbar. Der französische Soziologe Robert Castel kennzeichnet diese Kehrseite als „negativen Individualismus“ (Castel 2000, S. 401). Er meint damit einen Individualismus aus Mangel an unterstützenden Sozialbeziehungen, im Gegensatz zum positiven Individualismus der Fülle an individuellen Entscheidungsmöglichkeiten. Soziale Einbindungen werden brüchig oder fehlen gerade bei denen, die ihrer besonders bedürfen.

Schließlich manifestierte und manifestiert sich die Krise in den sozialen Sicherungssystemen selbst. Vor allem angesichts der akuten Arbeitsmarktprobleme, angesichts von Arbeitslosigkeit und zunehmend prekären Beschäftigungsverhältnissen wurde und wird offenkundig, dass einzelne Kategorien der Bevölkerung oder bestimmte kritische Lebenssituationen überhaupt nicht oder nur unzureichend sozialstaatlich abgesichert sind. In vielen europäischen Ländern gilt das insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene sowie für Migranten/-innen. Gleichzeitig gerieten die Bildungssysteme auf den Prüfstand. Je bedeutsamer Bildung und Qualifikation heute für die Positionierung in der Gesellschaft werden, desto ausgrenzender wirkt das Scheitern in Schule und Ausbildung.

...eine Krise der Demokratie

Indirekt steht damit nicht weniger als die sozial-materielle Grundlage der Demokratie auf dem Spiel. Denn Demokratie besteht ja nicht nur darin, alle vier Jahre zur Wahl gehen zu können. Demokratie setzt voraus, dass alle Mitglieder des Gemeinwesens bereits das eigene, alltägliche Leben planend gestalten können, dass sie in der Lage sind, Entscheidungen über ihr Leben aus guten Gründen und nicht nur aus Not heraus zu treffen und dass sie dafür die notwendigen Ressourcen und Fähigkeiten zur Verfügung haben. Wie soll jemand, der nicht einmal das eigene Leben selbstbestimmt bewältigen kann, auf die Geschicke des Gemeinwesens Einfluss nehmen können? Seit den historischen Erfahrungen mit Weltwirtschaftskrise, zwei Weltkriegen, Nationalsozialismus und Faschismus hat sich im europäischen Verständnis von Demokratie die Überzeugung durchgesetzt, dass diese eines sozialmateriellen Unterbaus bedarf.

Mehrdimensionalität des Exklusionsbegriffs

Eine besondere Stärke des Begriffs der sozialen Ausgrenzung oder Exklusion besteht darin, dass er diese Gefahr erkennen hilft. Im Unterschied zum Armutsbegriff ist er von vornherein mehrdimensional angelegt. Er lenkt das Augenmerk auf die unterschiedlichen Instanzen und Institutionen, die, jede auf ihre eigene Weise, aber in enger Beziehung zueinander, für die Vermittlung von gesellschaftlicher Zugehörigkeit und Teilhabe wesentlich sind: auf die Arbeit, was bis heute insbesondere heißt: Erwerbsarbeit; auf die sozialen Nahbeziehungen, die nicht der Logik des warenförmigen Austauschs, sondern von Solidarität und Loyalität folgen; auf den Bürgerstatus, insbesondere auf die sozialstaatlich verbürgten sozialen Rechte. Damit stellt der Ausgrenzungsbegriff von vornherein das Schicksal der Einzelnen in den Zusammenhang mit dem Schicksal der Gesellschaft.

Darüber hinaus liegt eine Stärke des Exklusionsbegriffs darin, dass er nicht nur Zustände bezeichnet, sondern auch und vor allem Prozesse. Bereits dem Wortsinn nach hat „Ausgrenzung“ beide Bedeutungen. Auf der individuellen Ebene können Ausgrenzungsdynamiken in den verschiedenen Dimensionen aufgehalten, kompensiert oder rückgängig gemacht werden. Sie können sich aber auch über die einzelnen Dimensionen Arbeit, soziale Nahbeziehungen und soziale Rechte hinweg miteinander verbinden und wechselseitig verstärken. Dann droht die Verfestigung von Ausgrenzung zu einer eigenständigen Soziallage, die nur noch schwer zu überwinden ist.

Auf der gesellschaftlichen und institutionellen Ebene schließlich lässt sich über Ausgrenzung nicht

sprechen, ohne zu fragen: Wer oder was grenzt aus, in welcher Weise und mit welchen Folgen? Damit trägt der Exklusionsbegriff zur Aufklärung darüber bei, wie der Erosion der sozial-materiellen Grundlagen der Demokratie entgegengewirkt werden kann.

Die Bedeutung für die Weiterbildung

In welcher Beziehung steht nun das bisher Skizzierte zur Weiterbildung? Ein erster, wesentlicher Bezug ist politisch-normativer Art. Die Weiterbildung nach dem Zweiten Weltkrieg war immer auch und zentral von dem Impuls getragen, die Demokratie zu fördern, und zwar nicht nur über politische Bildung, sondern auch über die Befähigung der Menschen zur Partizipation in Arbeit und Betrieb, im kulturellen Bereich, durch die Erweiterung der Möglichkeiten zu einer selbstbestimmten Gestaltung des Alltags. Diese politisch-normative Orientierung steht heute angesichts der mit dem Begriff Exklusion angesprochenen Entwicklungen neuen Herausforderungen gegenüber.



Dabei haben sich, und dies ist ein zweiter wichtiger Bezug, auch die Ansprüche an die Weiterbildung und die Bedingungen, unter denen sie angeboten werden kann, verändert. Mehr denn je werden heute Bildung und Ausbildung in all ihren Facetten als Königswege der Inklusion angepriesen. Unter der Hand haben sich in diesem Zusammenhang aber die Zuschreibungen von Verantwortung verschoben. Aus dem Bildungsauftrag der Gesellschaft gegenüber den Einzelnen ist mehr und mehr die Verpflichtung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft geworden, sich zu bilden und weiterzubilden. Die Bildungseinrichtungen sehen sich deshalb dem Dilemma gegenüber, mit in der Regel zu geringen finanziellen Mitteln und persönlichen Ressourcen vor allen anderen Institutionen die Herkulesarbeit der Inklusion schultern zu sollen und dabei individuelles Scheitern und somit Exklusionen doch nicht im notwendigen Maß verhindern zu können. Bildung im Allgemeinen und Weiterbildung im Besonderen befinden sich unter diesen Bedingungen in einer problematischen Situation der Überforderung.

Zugleich besteht gerade bei der Weiterbildung die Gefahr, dass sie ihren Aufgabenbereich angesichts knapper Kassen mehr und mehr auf diejenigen Leistungen beschränken soll und muss, die auf den ers-

ten Blick die unmittelbarsten Erfolge versprechen: arbeitsmarktbezogene Qualifizierungen, Integrationskurse, „marktfähige“, sich selbst tragende Angebote. Hier besteht die problematische Situation einer dem eigenen Anspruch nach unzulässigen Verengung.

1. Die Mehrdimensionalität der Exklusion zwingt dazu, alle drei Dimensionen – die Erwerbsarbeit, die sozialen Nahbeziehungen und die Bürgerrechte, darunter Bildung und soziale Sicherung – gleichermaßen im Blick zu behalten. Eine Inklusionspolitik, die sich nur auf eine Dimension, z. B. den Arbeitsmarkt, konzentriert und das noch womöglich zulasten der anderen, greift zu kurz. Die Weiterbildung kann gerade wegen der Breite ihres Angebots und in Verteidigung dieser Breite einen wichtigen Beitrag zur Inklusion in allen Dimensionen und durch deren bewusste Verknüpfung leisten.
2. Die Erkenntnis der Prozesshaftigkeit von Ausgrenzung lenkt den Blick auf die kritischen biographischen Konstellationen und Weichenstellungen, an denen über Inklusions- und Exklusionsverläufe entschieden wird. Weiterbildung kann mit ihren Angeboten von diesen Erkenntnissen lernen, umso mehr, wenn sie ihre Klienten selbst zur Sprache kommen lässt und in die Angebotsgestaltung einbezieht.
3. Das Begriffspaar Inklusion/Exklusion fordert die Weiterbildung zudem dazu heraus, sich selbst und die eigenen Organisationen auf den Prüfstand der Frage zu stellen, ob und wie weit sie mit ihren Angeboten diejenigen überhaupt erreicht oder ausschließt, die der Weiterbildung bedürfen. Die Reflexion der gesellschaftlichen Voraussetzungen von Inklusion und Exklusion kann der Weiterbildung aber auch in der Abgrenzung gegen Überforderung helfen. Denn es sind beileibe nicht nur und in erster Linie die Bildungsinstitutionen, die für Inklusion und Exklusion Verantwortung tragen. Unternehmen, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, von Institutionen getragene gesellschaftliche Einstellungen können und dürfen nicht aus der Verantwortung für Inklusion und Demokratie entlassen werden.

Überforderung und Verengung – diese beiden problematischen Konstellationen, mit denen sich die Weiterbildung konfrontiert sieht, können nur politischinstitutionell, mit einer neuen Ausrichtung

der Verantwortlichkeiten angegangen werden. Dies scheint die Voraussetzung dafür zu sein, dass Weiterbildung ihren genuine Anspruch, Teilhabe, damit Inklusion und Demokratie voranzubringen, weiter aufrechterhalten kann. Aber welche Orientierungshilfen kann ihr bei der Verfolgung dieses Anspruchs das Begriffspaar Inklusion/Exklusion geben?

Sozialraumbezug im Fokus

Die europaweite Diskussion und Forschung über Inklusion und Exklusion hebt schließlich noch einen weiteren für die Weiterbildung wichtigen Aspekt hervor: den Sozialraumbezug. Von Ausgrenzungsrisiken bedrohte Menschen sind häufig auch in ihrer Mobilität eingeschränkt und daher auf Ressourcen in erreichbarer Nähe angewiesen. Je nach Ressourcenausstattung und Fähigkeiten der Bewohner, sie zu nutzen, können Wohnquartiere zusätzlich benachteiligen oder aber bei der Bewältigung von Ausgrenzungsrisiken unterstützen. Das gilt auch für die Ressourcen Bildung und Ausbildung. Quartiere sind Orte formellen und informellen Lernens. Erst in jüngerer Zeit wird dieser Raumbezug gezielt für die schulischen Angebote und die Förderung von Jugendlichen genutzt. Auch die Einrichtungen der Erwachsenenbildung rekrutieren ihre Teilnehmer überwiegend aus dem näheren räumlichen Umfeld. Aber die Ermittlung von Bedarfen und die Entwicklung von Angeboten „vor Ort“, vor allem aber auch die Verknüpfung von unterschiedlichen Lernangeboten und deren Adressaten im Quartier stehen noch in den Anfängen. Hier eröffnen sich der Weiterbildung neue Möglichkeiten, welche in einem Projekt „Lernen im Quartier – Bedeutung des Sozialraums für die Weiterbildung (LIQ)“ des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) und der Universität Potsdam (im Rahmen einer dort zu diesem Thema gemeinsam mit dem DIE berufenen Juniorprofessur) ausgelotet werden, welches hier in seinen Bezügen zur Begrifflichkeit exemplarisch ausgeführt wird:

„Lernen im Quartier“ – Ein Projekt als Seismograf und Impulsgeber für die Entwicklung inklusionsförderlichen Lernens

In einem Daten-Matching von Weiterbildungsdaten (z. B. VHS-Statistik) mit dem Berliner „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2009/ später im Projektverlauf auch mit Hamburger Sozialdaten) werden u. a. die Zusammenhänge zwischen Sozialraum- und Angebotsstruktur mithilfe von Korrelations- und Regressionsanalysen untersucht¹. Mit diesen Verfahren könnten bereits bildungspolitisch planerisch relevante Fragen beantwortet werden, die in derzeitigen kommunalen

¹ Erste Berechnungen mit der Teilnahmestatik der Volkshochschulen belegen signifikante Korrelationen von Migranten/-innen und ihrem Bevölkerungsanteil im jeweiligen Bezirk, d. h. Weiterbildungsanbieter korrespondieren mit ihren räumlichen Strukturgegebenheiten.

- Welche Angebote/Lernorte der Erwachsenenbildung gibt es im Quartier (vgl. erstes Beispiel in der Abbildung)? Wer nimmt an den Angeboten teil?
- Welche Bedarfe gibt es, die nicht durch zugängliche Angebote befriedigt werden?
- Welche Rolle spielt der Sozialraum: Nimmt die Nutzerdichte mit zunehmender räumlicher Distanz ab?
- Gibt es Unterschiede in der Angebots- und Teilnahmestruktur in Abhängigkeit vom Sozialraumindex eines Quartiers?

Steuerungsaktivitäten noch sehr auf die erste Bildungsphase beschränkt sind:

Teilnahmedaten, die die Berliner Volkshochschulen selbst zur Verfügung haben, werden in diesem Projekt aufgrund einer engen Zusammenarbeit vertiefend auf die Frage hin untersucht, ob bzw. wo und wann wohnortnahe Kursorte für die Teilnahme relevant sind. Die Ergebnisse werden im Projektverlauf der Weiterbildungspraxis zurückgespiegelt. Gefragt wird dazu auch nach den Prinzipien von Angebotsplanung, Ideen und Problemlagen bei der Zielgruppenerreichung, Schlüsselpersonen vor Ort und Kooperationen zur Ansprache von bildungsbenachteiligten Gruppen sowie den Kriterien bei der Wahl von Unterrichtsräumen/Schulungsstätten.

Dieser Schritt bereitet 60 bis 80 Interviews/Fallstudien mit Bewohnern, Nicht-Teilnehmenden an organisierter Weiterbildung, vor, und es wird nach Bildungsinteressen, -ressourcen und -barrieren, den formellen Lernangeboten und deren Nutzung vor Ort sowie den Orten, Arten und Themen des informellen Lernens im Quartier gefragt. Um im Forschungsansatz einer wirklichkeits- und alltagsnahen sowie ressourcenorientierten Konzeptentwicklung zu entsprechen, werden die Interviewer/-innen auf lebensweltliche Themen und Domänen der Personen im Quartier achten und Statuspassagen und relevante Übergänge im Lebenslauf mit in den Blick nehmen. Dabei wird die „Gruppe“ von Migranten/-innen wie selbstverständlich mit in den Blick genommen, denn sie sind als Bewohner/-innen ihres Quartiers zugänglich.

Teilhabe von Migranten/-innen als Indikator für eine inklusionsfördernde Weiterbildungsorganisation

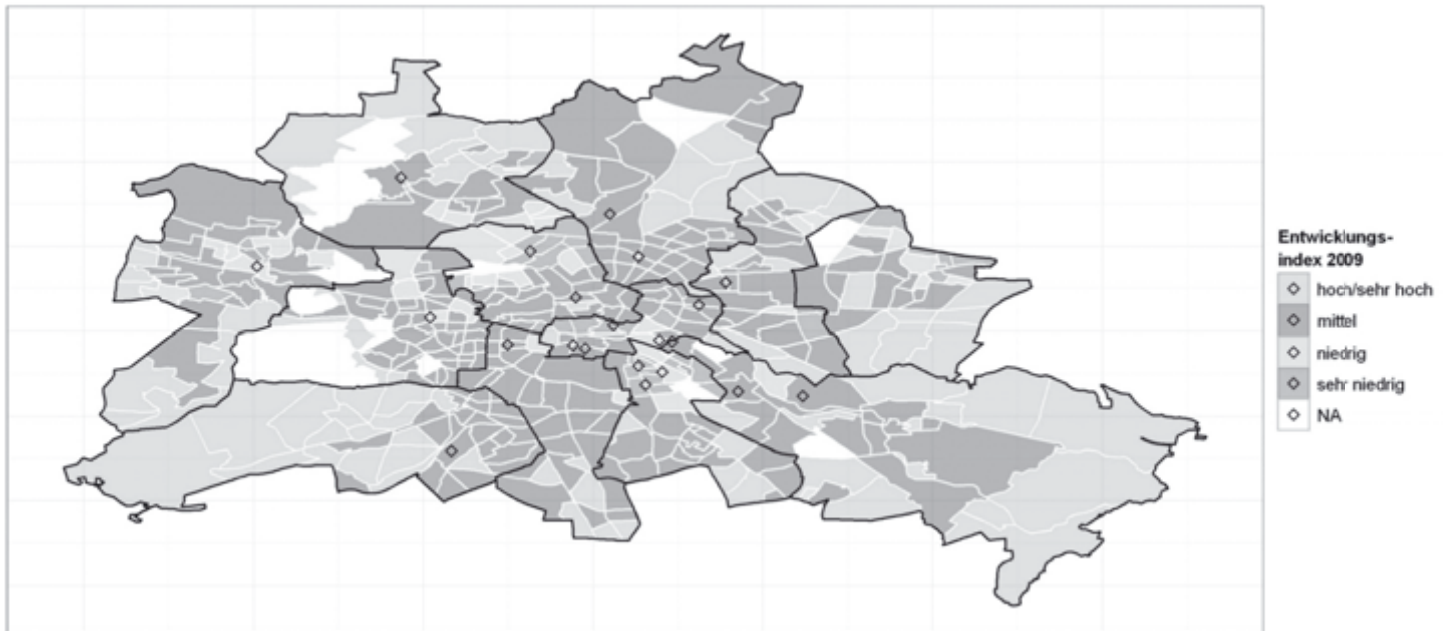
Die Teilnahme von Menschen mit Migrationshintergrund² an organisierten Angeboten der Weiter-

bildung ist im Vergleich zur autochthonen Bevölkerung niedriger und sinkt weiter mit zunehmendem Alter (vgl. Friebe/Hülsmann 2011 in diesem Heft). Diese Bevölkerungsgruppe umfasst nahezu ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland (vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2010). Kennzeichnend für die große Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund ist eine enorme Heterogenität, die sich auf vielfältige Dimensionen bezieht. So variieren nicht nur ethnische und kulturelle Herkunft, Geschlecht und Alter, sondern auch die sozioökonomische und soziale Lage, Bildungserfolge, Zukunftsperspektiven und identitäre Verortungen mit Auswirkungen auf die jeweiligen Bildungsinteressen und -bedarfe. Lernangebote der Weiterbildung können dabei gerade für bildungsferne und benachteiligte Gruppen gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten eröffnen, sie beinhalten somit inklusionsförderliche Potentiale. Gleichzeitig birgt jedoch eine Fokussierung auf einzelne von Exklusion bedrohte Zielgruppen bei der Planung von Lernangeboten die Gefahr, Mechanismen gesellschaftlichen Ausschlusses zu verstärken (vgl. Kronauer 2010, S. 15).

Für Anbieter in der Weiterbildung stellt sich daher die Frage, mit welchen Angeboten und organisationalen Strukturen sie reagieren kann, um Prozesse der interkulturellen Öffnung und Inklusion voranzutreiben und Menschen mit Migrationshintergrund als heterogene Zielgruppe stärker zu erreichen? Dabei geraten die Weiterbildungsanbieter selbst in den Blick, denn sie selbst sind nicht „offen“, ggf. verstetigen sie sogar Ungleichheit. Organisationen sollten sich voraussetzend auf inkludierende und exkludierende Folgen hin prüfen; z. B. in ihrer Instrumentalisierung im Hinblick auf Arbeitsmarkt-/Konjunktur-/Sozialpolitik und „ausgesuchter“ Teilnehmendenschaft.

Ein Blick auf inklusive Indikatoren im Bereich Migration von Weiterbildungsanbietern, die schon langjährige Erfahrungen mit der Weiterbildungsarbeit von Migranten/-innen aufweisen, hilft bereits, Ansatzpunkte für den Aufwand und die Ausgestaltung einer Öffnung, Ansprache und inkludierenden Didaktik zu ermitteln (vgl. Reddy 2010, im Erscheinen). Unter Berücksichtigung der Heterogenität der Zielgruppe kann eine Planung interkulturell geöffneter und inklusiver Lehr- und Lernarrangements möglich werden, z. B. Menschen mit Migrationshintergrund eine Partizipation an weiteren Bildungsangeboten über Sprachkurse hinaus anzubieten. Ein wesentlicher Gelingensfaktor für eine solche interkulturelle/inklusive Öffnung von Weiterbildungsanbietern bildet dabei eine konsistente Umsetzung des inklusiven Selbstverständnisses auf der Ebene der Orga-

² Entsprechend der Definition der Autorengruppe Bildungsberichterstattung (vgl. 2010, S. IX) bezeichnet der Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ nachfolgend Personen, die in Deutschland leben und unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit und ihrem rechtlichen Status eine eigene oder familiäre Migrationserfahrung (bis in die 2. Generation) aufweisen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010, S. IX).



Beispielhaft abgebildete Standorte von Weiterbildungsanbietern im Bereich Alphabetisierung und Grundbildung (vorläufige Darstellung mit den Daten des „alpha-monitors“³) in Bezug auf den Berliner Sozialraumindex zur Bestimmung von Weiterbildungserreichbarkeit in den jeweiligen Quartieren (erstellt von Patrick Hausmann)

nisation. Dieser Gradmesser erscheint zunächst einfach, er wird jedoch in seiner tatsächliche Umsetzung immer wieder zum Prüfstein einer Einrichtung zwischen „Markt“ und „Bildungsauftrag“, was diese Aussage (Interviewzitat) einer Leiterin mit langjähriger Expertise im Bereich der Weiterbildungsarbeit mit Migrantinnen verdeutlicht:

„Das ist sehr klar – wenn wir also ich sag‘ mal, wenn Frauen, die hier bei uns waren, rausgehen und einen festen Schritt in ihre Zukunft machen können. Und, wenn wir alle in den Spiegel gucken können und sagen können, wir haben unser Leitbild nicht verraten. Und, dass wir sagen, unter einen bestimmten Preis gehen wir nicht. Also das ist so. Eher gehen wir unter. Und das ist bei der Größe auch machbar. Ne, also das ist da wirklich, und das sagen auch alle: Also lieber machen wir zu, als das wir in diese Dumping-Ecke gehen und diese Qualität nicht mehr bringen können, die so wesentlich dazu beiträgt, dass eben diese Frauen hier rausgehen und sagen: Das war’s! Ich hab’ was kapiert. Ich geh einen Schritt, einen großen, einen kleinen wie immer, aber ich weiß, wo es langgeht für mich“. (aus Stroh, im Erscheinen)

³ Der „alpha-monitor“ wurde im Rahmen des Förderschwerpunktes Forschung und Entwicklung zur Alphabetisierung und Grundbildung des BMBF, Förderkennzeichen 01AB072603, gefördert und gemeinsam mit dem Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V., dem Deutschen Volkshochschul-Verband e.V. und dem DIE entwickelt, um Anbieter in diesem Angebotsfeld in ihren Leistungen transparent zu machen.

Literaturverzeichnis

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.) (2010). Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage, Konstanz
- Deutscher Volkshochschul-Verband e.V. (Hg.) (2011) Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung, Bonn
- Die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.) (2010) 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin
- Kronauer, Martin (Hg.) (2010) Inklusion und Weiterbildung. Reflexionen zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Gegenwart, Bielefeld
- OECD (2008): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries. Paris
- Reddy, Prasad (im Erscheinen) Indikatoren der Inklusion im Bereich der Migration und Weiterbildung. DIE-Bonn, texte.online
- Stroh, Claudia (im Erscheinen) Lässt sich „Inklusion“ in der Weiterbildung sichtbar machen? – Eine Machbarkeitsstudie zur Anwendung von Indikatoren der Inklusion im Bereich Migration, DIE-Bonn, texte.online